

Halbes Prozent statt die Hälfte

Repräsentative Straßenumfragen zur Gewinnsituation von Unternehmen kommen immer wieder zu erstaunlichen Ergebnissen. Jeder sechste Bundesbürger vermutet, dass die Firmen die Hälfte ihres Umsatzes als Gewinn einstreichen. Die Wahrheit sieht selbst in guten Jahren wie 2008 ganz anders aus: Damals blieben deutschen Firmen von jeweils 100 Euro Umsatz im Schnitt 3,67 Euro Gewinn übrig. Vor Steuern waren es 4,57 Euro. Zwei Drittel des Umsatzes schluckten die Kosten für Material, jeder sechste Euro wurde für die Mitarbeiter ausgegeben. Quer durch alle Bran-

chen waren die Aufwendungen der Firmen sogar höher als ihre Umsätze. Dass die Betriebe dennoch einen Gewinn verbucht haben, verdanken sie den übrigen Erträgen aus Zinsen und Beteiligungen. Für das Krisenjahr 2009 deuten erste Schätzungen auf einen dramatischen Gewinneinbruch hin. So dürfte die Rendite der Metall- und Elektro-Industrie auf ein halbes Prozent geschrumpft sein; über ein Drittel der Betriebe schrieb rote Zahlen. Die guten Geschäfte im aktuellen Aufschwung dienen deshalb zunächst dazu, aus dem Tal herauszukommen und sich ein Polster zuzulegen.

In dieser Woche

Spartengewerkschaften: Arbeitgeber und Gewerkschaften haben die Politik aufgefordert, den Grundsatz, wonach in einem Betrieb immer nur ein Tarifvertrag gilt, gesetzlich zu verankern. Andernfalls drohen Tarifkonflikte und Jobverluste. Seite 2

Nachfrage & Produktion: Im zweiten Quartal 2010 ist die deutsche Wirtschaft kräftig gewachsen. Vor allem die positiven Impulse aus der Industrie bringen sie auf dem Weg aus der Krise voran. Seite 3

Bundesländerranking 2010: Die ostdeutschen Bundesländer haben die Weltwirtschaftskrise wesentlich besser überstanden als der Westen. Dem achten Bundesländerranking der IW Consult zufolge haben sich die neuen Länder besonders dynamisch entwickelt und konnten damit zum Westen aufschließen. Seite 4-5

Lkw-Maut: Mit der Einführung der Lkw-Maut wollte die Bundesregierung auch ausländische Spediteure stärker an der Finanzierung der deutschen Verkehrsinfrastruktur beteiligen. Das ist zum Teil gelungen. Allerdings belastet die Gebühr vor allem heimische Speditionsfirmen. Seite 6

Energiegutachten: Die Bundesregierung will mehr Treibhausgas einsparen. Ein von ihr beauftragtes Energiegutachten geht allerdings von einigen kaum erfüllbaren Annahmen aus. Eine Variante, mit geringen Emissionen Strom zu produzieren, wäre die längere Nutzung der Kernenergie. Seite 7

Klimaflüchtlinge: Naturkatastrophen treten bedingt durch klimatische Veränderungen immer häufiger auf und betreffen immer mehr Menschen. Viele sind infolgedessen auf der Suche nach einer neuen Heimat. Seite 8

Gewinne: Was vom Umsatz übrig bleibt

Jeweils 100 Euro Umsatz teilten sich im Jahr 2008 so auf



© 2010 IW Medien • iwd 36

Sonstige Erträge: Zinserträge und Erträge; Bestandsveränderungen: z.B. bei Endprodukten
 Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Spartengewerkschaften

Ende der Tarifeinheit bedroht Jobs

Den Grundsatz der Tarifeinheit, wonach in einem Betrieb immer nur ein Tarifvertrag gelten soll, möchten die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund gerne gesetzlich verankern. Andernfalls drohten schärfere Tarifkonflikte und letztlich auch ein Verlust von Arbeitsplätzen.

Bislang haben schlagkräftige Berufsgewerkschaften nur bei der Lufthansa, der Bahn und im Krankenhausbereich für Wirbel gesorgt. Nachdem das Bundesarbeitsgericht aber erklärt hat, am Grundsatz „ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ künftig nicht mehr festzuhalten, könnten sich weitere Berufsgruppengewerkschaften bilden. Die Feuerwehrleute haben dies bereits angekündigt.

Dieser Trend ist problematisch, weil Berufsgewerkschaften gerade auf wettbewerbsschwachen Märkten agieren. Dies verleiht den Gewerkschaften viel Macht, mit der sie in den vergangenen Jahren zum Teil kräftige Lohnerhöhungen durchsetzten (vgl. iwd 34/2008).

So erstreikten die Piloten – fasst man reguläre Lohnsteigerungen und Gewinnbeteiligungen zusammen – im Jahr 2001 ein Plus von fast 30 Prozent.

Die jüngsten Abschlüsse blieben zwar meist im tarifpolitisch üblichen Rahmen (Tableau):

Die Pilotenvereinigung Cockpit stimmte in diesem Jahr angesichts des krisenbedingten Sinkflugs des Luftverkehrs sogar einer zweijährigen Lohnpause zu.

Doch sobald die Berufsgewerkschaften angesichts des Konjunkturaufschwungs wieder auf kräftige Lohnerhöhungen pochen, drohen neue Konflikte: Schließlich gibt es für Techniker oder das Wartungspersonal keinen Grund, bescheiden zu bleiben, wenn Zugführer oder Piloten ein sattes Lohnplus erstreiken. Dies würde auch Branchengewerkschaften wie ver.di zu einer expansiveren Lohnpolitik zwingen, um weitere Abspaltungen zu verhindern. Ein solcher Lohnwettlauf könnte am Ende viele Arbeitsplätze gefährden.

Spartengewerkschaften: In der Krise zahmer

Lohntarifabschlüsse von konkurrierenden Gewerkschaften

Luft-hansa	Vereinigung Cockpit (VC)	Kabine (ver.di, UFO)	Boden (ver.di)
2008	Stufenweise Anpassung der Grundgehälter um 2,5 Prozent (rückwirkend ab Oktober) im Jahr 2007 und 3 Prozent im Jahr 2008 plus Ergebnisbeteiligung von 25 Prozent einer Monatsvergütung; Laufzeit 18 Monate	ver.di-Abschluss wie Boden, aber vorbehaltlich des Verhandlungsergebnisses mit UFO, vgl. dazu Abschluss 2009	Stufenweise Anpassung der Grundgehälter um 5,1 Prozent im Jahr 2008 und 2,3 Prozent im Jahr 2009; Erfolgsbeteiligung von 1,5 bis 2,4 Prozent eines Jahresgehalts; Laufzeit 21 Monate
2009		Anpassung der Grundgehälter um 4,2 Prozent ab Januar 2009; Anhebung der drei untersten Einstufungsstufen um je 100 Euro und zusätzliche Pauschale von 100 Euro; Ergebnisbeteiligung bis 3 Prozent der Jahresvergütung für 2008 (UFO); Übernahme des UFO-Abschlusses für ver.di-Mitglieder; einheitliche Laufzeit der beiden Tarifverträge 14 Monate	
2010	Schlichtung: 24 Nullmonate ab April 2009; Laufzeit 24 Monate	ver.di-Abschluss wie Boden	22 Nullmonate ab März 2010; variable Einmalzahlung (maximal 2 Prozent) in Abhängigkeit vom Konzernergebnis; Laufzeit 22 Monate
Deutsche Bahn	Transnet	GDBA	GDL
2008			Stufenweise Anpassung der Grundgehälter um 8 Prozent ab März 2008 und 3 Prozent ab September 2008 plus Einmalzahlung von 800 Euro; Laufzeit 19 Monate
2009	Stufenweise Anpassung der Grundgehälter um 2,5 Prozent ab Februar 2009 und 2 Prozent ab 2010; Pauschale von 500 Euro (Dezember 2009); verbesserte Arbeits- und Ruhezeiten bei Schichtarbeit plus Rahmenregelung der Qualifizierung der Lokführer; Laufzeit 18 Monate	Siehe Transnet (Tarifgemeinschaft)	Siehe Transnet
2010	Forderungsvolumen: 6 Prozent	Siehe Transnet (Tarifgemeinschaft)	Forderungsvolumen: 5 Prozent; Forderung nach einem Bundesrahmen-Lokomotivführertarifvertrag
Krankenhäuser	Marburger Bund	ver.di	
2009	Universitätskliniken: Stufenweise Anhebung der Grundgehälter um 3,8 Prozent ab Mai 2009 und 1,2 Prozent ab August 2010; vierte Entwicklungsstufe für Fachärzte; Laufzeit 30 Monate	Universitätskliniken: Stufenweise Anhebung aller Tabellenwerte um 40 Euro plus stufenweise Anhebung der erhöhten Grundgehälter um 3,0 Prozent ab März 2009 und 1,2 Prozent ab März 2010; Pauschale von 40 Euro; Laufzeit 24 Monate	
2010	Kommunale Krankenhäuser: Anhebung der Grundgehälter um 2 Prozent ab Mai 2010; Einmalzahlung von 400 Euro; Erhöhung der Stundenentgelte für Bereitschaftsdienst; Zuschlag von 15 Prozent für Nachtvollendienst; Laufzeit 20 Monate	Kommunale Krankenhäuser: Stufenweise Anhebung der Grundgehälter (und Bereitschaftsdienstentgelte) um 1,2 Prozent (2010), 0,6 Prozent (Januar 2011) und 0,5 Prozent (August 2011); Pauschale von 240 Euro (Januar 2011); Laufzeit 26 Monate	

© 2010 IW Medien · iwd 36

Nachfrage & Produktion: Industrie legt vor

Im zweiten Quartal 2010 ist die deutsche Wirtschaft kräftig gewachsen. Vor allem die positiven Impulse aus der Industrie bringen sie auf dem Weg aus der Krise voran.

Die Konjunktur hat im zweiten Quartal 2010 mächtig Fahrt aufgenommen: Gegenüber den vorangegangenen drei Monaten stieg die preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Wirtschaftsleistung um 2,2 Prozent – das war das höchste Wachstum seit der Wiedervereinigung Deutschlands. Im Vorjahresvergleich legte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 4,1 Prozent zu.

Das kräftige Plus an Wirtschaftsleistung speiste sich zu einem guten Teil aus der Auslandsnachfrage. Noch größer war allerdings der Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage – vor allem weil die Unternehmen inzwischen wieder kräftig investieren.

Der stärkste Treiber ist dabei nach wie vor die Industrie. Deren reale Bruttowertschöpfung – also der Produktionswert abzüglich der Kosten für Vorleistungen – übertraf im zweiten Quartal 2010 die des Vorquartals um 4,2 Prozent und die des Vorjahres sogar um 13,2 Prozent. Damit setzte sich die Erholung, die Mitte des Jahres 2009 begonnen hatte, beschleunigt fort.

Nimmt man die höchste im vorherigen Konjunkturzyklus erzielte Wertschöpfung als Orientierung, hat die Industrie fast die Hälfte des Weges aus der Talsohle zurück zur Bestmarke vom vierten Quartal 2007 geschafft.

Auch die Bauwirtschaft trug im Frühjahr 2010 kräftig zum Wirtschaftswachstum bei – zum Teil ist dies aber auf Nachholeffekte infolge des strengen Winters zurückzuführen.

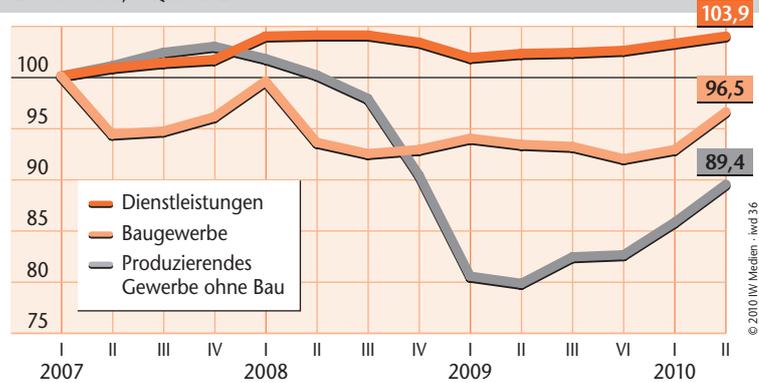
In deutlich geringerem Maße hat die Dienstleistungsbranche zuletzt die Konjunktur angekurbelt. Sie musste sich allerdings auch nicht so stark erholen wie die Industrie – denn die Wirtschaftskrise hat den Sektorsvergleichsweise wenig beeinträchtigt.



Die Konjunktur

Wieder Wachstum auf breiter Front

Entwicklung der preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten Bruttowertschöpfung in Deutschland; I. Quartal 2007 = 100

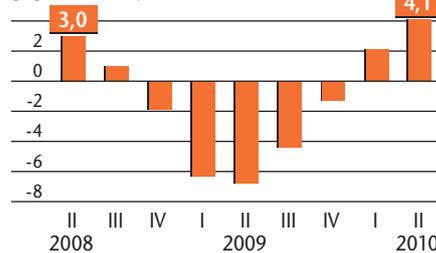


Bruttowertschöpfung: Produktionswerte nach Abzug der Vorleistungen
Urspungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Bruttoinlandsprodukt

Quartalswerte – reale Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Jahreswerte – reale Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2007	2008	2009	2010
	2,7	1,0	-4,7	2,7

Verwendung des Inlandsprodukts
Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent
II. Quartal 2010

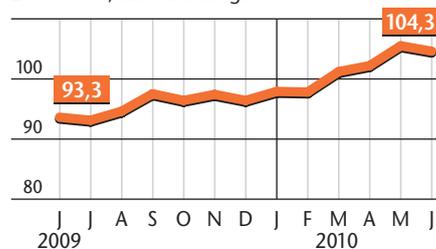
Inlandsnachfrage	2,9
Privater Konsum	-0,7
Staatlicher Konsum	3,1
Ausrüstungsinvestitionen	9,5
Bauinvestitionen	5,2
Sonstige Anlagen	6,7
Ausfuhr	19,1
Einfuhr	17,8

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Industrieproduktion

Monatswerte
2005 = 100; saisonbereinigt



Jahreswerte – 2005 = 100; arbeitstäglich bereinigt	2007	2008	2009
	113,1	113,4	93,7

Produktion nach Wirtschaftsgruppen
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent
Juni 2010

Industrie	11,8
– Vorleistungsgüter	17,0
– Investitionsgüter	10,3
– Gebrauchsgüter	15,0
– Verbrauchsgüter	2,8
Energie	7,5
Bauhauptgewerbe	3,3
Produzierendes Gewerbe	10,9
arbeitstäglich bereinigte Werte	

Industrie: Produzierendes Gewerbe ohne Energie und Bauleistungen
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Bundesländerranking 2010

Der Osten macht Tempo

Die ostdeutschen Bundesländer haben die Weltwirtschaftskrise weit besser überstanden als der Westen. Zu diesem Ergebnis kommt das achte Bundesländerranking, das die IW Consult in Zusammenarbeit mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der Zeitschrift WirtschaftsWoche durchgeführt hat. Demnach haben sich die neuen Länder besonders dynamisch entwickelt und konnten damit zum Westen aufschließen.*)

Bereits zum dritten Mal hat im Bundesländerranking der Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Consult (Kasten) ein ostdeutsches Land die Nase vorn: Brandenburg. Dort hat sich die Wirtschaft in den vergangenen drei Jahren dynamischer entwickelt als in allen anderen Flächen- und Stadtstaaten. Ursache hierfür waren vor allem die Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt – so gab es zwischen 2006 und 2009 ein sattes Plus bei der Zahl der Erwerbstätigen (4,2 Prozent) sowie zeitgleich einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosenquote (4,6 Prozentpunkte).

Auch die anderen ostdeutschen Länder inklusive Berlin kamen besser durch

*) www.bundeslaenderranking.de

die Finanz- und Konjunkturkrise als die westdeutschen (Grafik):

Wie der im Bundesdurchschnitt auf 50 Punkte normierte Wirtschaftsdynamik-Indikator zeigt, legten Brandenburg mit 61,1 Punkten, Mecklenburg-Vorpommern mit 60,8 Punkten und Berlin mit 57,9 Punkten die beste Performance zwischen 2006 und 2009 hin.

Dass Brandenburg Länderprimus wurde, lag zwar hauptsächlich an den überdurchschnittlichen Fortschritten auf dem Arbeitsmarkt; doch auch bei anderen Kriterien machte das Bundesland gewaltige Sprünge: So sind die Studentenzahlen in Frankfurt/Oder, Potsdam und Cottbus zuletzt vergleichsweise deutlich gestiegen; gleiches gilt für die

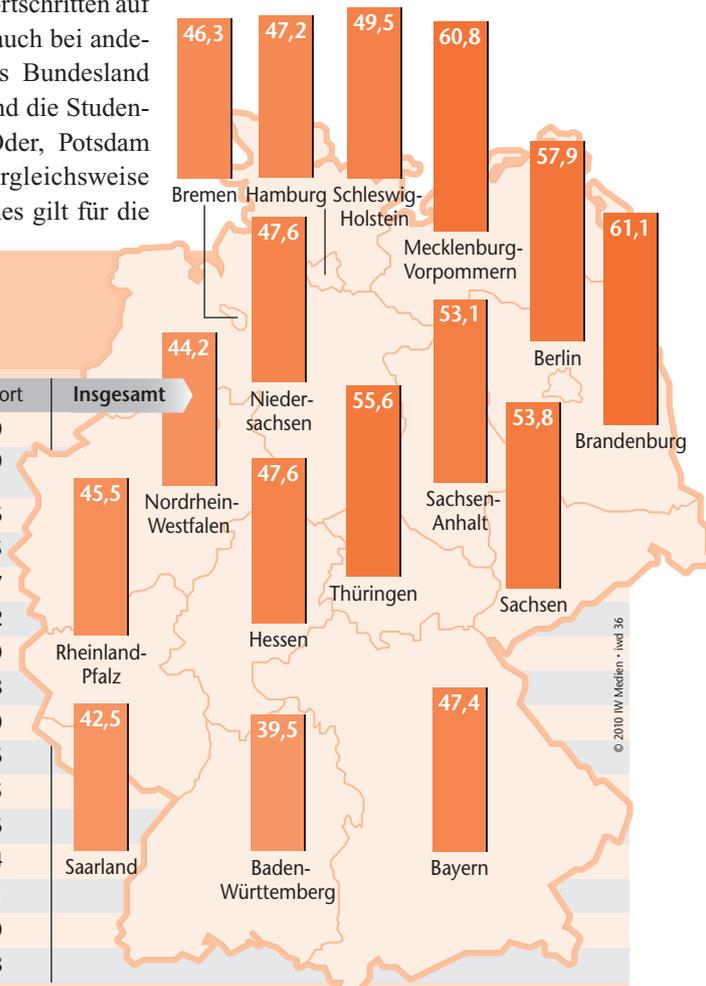
eingeworbenen Drittmittel an den Hochschulen. Nicht zuletzt entwickelten sich in Brandenburg auch die Landesfinanzen in der Drei-Jahres-Betrachtung solide.

In Mecklenburg-Vorpommern, das mit seiner Bewertung nur knapp hinter Brandenburg liegt, verbesserte sich vor allem die Wirtschaftsleistung stark. So stieg das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2006 und 2009 um 1,9 Prozent, während die Wirtschaftsleistung im Bundesdurchschnitt um 1,4 Prozent zurückging. Von der globalen Finanzkrise blieb das stark binnenwirtschaftlich geprägte Land nämlich weitgehend verschont: Im wichtigen Tourismussektor etwa konnte Mecklenburg-Vorpommern die ohnehin schon sehr hohe Anzahl der Gästeübernachtungen je Einwohner im Analysezeitraum

Brandenburg entwickelt sich am besten

So viele Punkte erzielten die Bundesländer im Wirtschaftsranking für den Zeitraum 2006 bis 2009, Deutschland insgesamt = 50 Punkte

	Arbeitsmarkt	Wohlstand	Struktur	Standort	Insgesamt	
1	Brandenburg	17,3	16,2	17,6	10,0	61,1
2	Mecklenburg-Vorpommern	16,5	14,6	18,6	11,0	60,8
3	Berlin	16,9	12,9	17,5	10,6	57,9
4	Thüringen	14,0	15,3	15,9	10,5	53,8
5	Sachsen	13,9	12,7	16,5	10,7	53,1
6	Sachsen-Anhalt	14,9	13,5	15,4	9,2	52,0
7	Schleswig-Holstein	11,1	13,9	14,6	10,0	49,5
8	Niedersachsen	12,6	11,6	14,5	8,8	47,6
9	Hessen	10,5	12,9	14,3	10,0	47,6
10	Bayern	10,5	12,7	15,6	8,6	47,4
11	Hamburg	13,5	8,5	15,7	9,5	47,2
12	Bremen	11,3	12,0	13,3	9,6	46,3
13	Rheinland-Pfalz	10,1	11,9	14,1	9,4	45,5
14	Nordrhein-Westfalen	10,6	11,8	11,7	10,1	44,2
15	Saarland	7,5	12,1	11,9	11,0	42,5
16	Baden-Württemberg	8,8	7,5	12,5	10,8	39,5



Arbeitsmarkt: Veränderungen der Arbeitslosenquote, der Arbeitsplatzversorgung sowie der Zahl der Erwerbstätigen; Wohlstand: Veränderungen des realen Bruttoinlandsprodukts, des verfügbaren Einkommens je Einwohner und der Steuerkraft je Einwohner; Struktur: Veränderungen der ALG-II-Empfänger, der Zahl der Straftaten, der Schuldenquote, der Exportquote, des Schuldenstands der öffentlichen Haushalte und weitere Indikatoren; Standort: Veränderungen bei der Produktivität, den Schulabgängern ohne Abschluss, den Hochqualifizierten, der Ausbildungsplatzdichte, der Zahl der Patente und weitere Indikatoren; Quelle: IW Consult

noch weiter steigern – auf 17,2 Nächtlungen je Einwohner (der Bundesdurchschnitt lag bei 4,5).

Auch der Arbeitsmarkt kam in Schwung: Mecklenburg-Vorpommern konnte die Arbeitslosenquote zwischen 2006 und 2009 um 5,5 Prozentpunkte auf 13,5 Prozent senken. Zugleich schrumpfte die Quote der ALG-II-Empfänger um 2,3 Prozentpunkte.

In der Bundeshauptstadt entwickelte sich ebenfalls vieles hervorragend: Die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (um 3,9 Prozent), die Zunahme der Erwerbstätigenzahl (um 6,2 Prozent) und das Plus bei der Exportquote (15,7 Prozentpunkte) waren in Berlin so stark ausgeprägt wie sonst nirgends. Überdies besitzt die Metropole Anziehungskraft – sowohl die Einwohnerzahlen als auch die Zahl der Gästeübernachtungen kletterten kräftig nach oben.

Gelitten haben hingegen die Länder, die bei den vorangegangenen Rankings meist gut abschnitten: Überall dort, wo es viele Industrieunternehmen gibt – insbesondere aus dem Maschinenbau und der Metall- und Elektroindustrie – und wo die Ausfuhren traditionell hoch sind, schlug die Wirtschaftskrise voll durch. Die Folgen sind bekannt: Drosselung der Produktion, Kurzarbeit, Entlassungen.

Besonders gut lässt sich dieses Phänomen im Ländle beobachten:

Baden-Württemberg landet beim Dynamik-Ranking für den Zeitraum 2006 bis 2009 mit nur 39,5 Punkten auf dem letzten Platz. Hauptgründe dafür sind das geringe Minus bei der Arbeitslosenquote (1,2 Prozentpunkte) sowie die um 1,7 Prozent gesunkene Produktivität.

Auch die verfügbaren Einkommen sowie das Bruttoinlandsprodukt entwickelten sich unterdurchschnittlich. Ähnlich erging es dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, die in Folge der weltweiten konjunkturellen Turbulenzen nun ebenfalls auf den hinteren Plätzen des Rankings rangieren.

Doch auch wenn der Osten den Westen in puncto wirtschaftlicher Dynamik auf breiter Front abgehängt zu haben scheint, lohnt sich ein Blick auf die absoluten Zahlen. Denn Wirtschaftskraft und Wohlstand sind nach wie vor in na-

hezu allen alten Bundesländern deutlich höher als in den neuen (Grafik):

In absoluten Größen führen Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg das Wirtschaftsranking an. In diesen Bundesländern sind die Bürger besonders wohlhabend, leben vergleichsweise wenige Arbeitslose, aber viele innovationsfreudige Wissenschaftler.

Bayern zum Beispiel kann gleich mehrere Superlative auf sich vereinigen: Der Freistaat verzeichnete mit 20.505 Euro im Jahr 2009 die höchste Kaufkraft je Einwohner – 18.904 Euro waren es bundesweit; außerdem hatte Bayern die niedrigste Arbeitslosenquote (4,8 Prozent), die höchste Exportquote (50,4 Prozent) und die niedrigste Kriminalitätsrate mit 5.073 Straftaten je 100.000 Einwohner – im Bundesdurchschnitt waren es 7.383 Delikte je 100.000 Bürger.

Als Land der Erfinder konnte sich beim Bestandsranking wiederum Baden-Württemberg hervortun. Dort kamen im Jahr 2009 im Schnitt 144 Patente auf 100.000 Einwohner, das sind fast dreimal mehr als im Bundesdurchschnitt. Spitzenwerte gab es auch bei den von den Hochschulen eingeworbenen Drittmitteln sowie bei der Forschungs- und Entwicklungsintensität: Während im Bundesdurchschnitt auf 1.000 Erwerbstätige acht Mitarbeiter in der Forschung und Entwicklung kamen, waren es im Südwesten 15,8.

Die neue Stärke des Ostens macht sich übrigens – wenn auch noch zaghaft – ebenfalls beim Niveauvergleich bemerkbar. Mit Thüringen gelang es erstmals einem ostdeutschen Bundesland, sich vor ein westliches Bundesland, nämlich Bremen, zu setzen. Und auch die Abstände der unmittelbar nachfolgenden Länder Brandenburg und Sachsen gegenüber Bre-

Bayern steht vorn

So viele Punkte erzielten die Bundesländer im Wirtschaftsranking für das Jahr 2009, Deutschland insgesamt = 50



Quelle: IW Consult

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

men sind so gering, dass bei der derzeitigen Entwicklungsdynamik künftig mit weiteren Ost-West-Überholmanövern zu rechnen ist.

Ein Sorgenkind bleibt allerdings Berlin. Auch wenn die Bundeshauptstadt aufgeholt hat, landet sie im Niveau-Vergleich bereits zum siebten Mal auf dem letzten Platz. So hat Berlin die höchste Arbeitslosenquote, die meisten ALG-II-Empfänger, die größte Kriminalitätsrate und eine sehr hohe private Verschuldung.

16 Bundesländer und zwei Rankings

Zum achten Mal hat die IW Consult zusammen mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der WirtschaftsWoche ein Bundesländerranking erstellt, das die wirtschaftliche Dynamik der vergangenen drei Jahre beleuchtet. Und da die Wirtschaftskraft eines Bundeslands von weit mehr abhängt als der Produktivität der Betriebe oder der Zahl der Arbeitsplätze, haben die Wissenschaftler fast 100 ökonomische und strukturelle Indikatoren berücksichtigt: so zum Beispiel die

Betreuungsquote von Kleinkindern, die Ausbildungsplatzdichte, die Einwohnerzahl sowie die Kriminalitätsrate. Anhand dieser Indikatoren kommt ein Ranking zustande, das zeigt, wie sich der Wohlstand und die Wirtschaft in den 16 einzelnen Bundesländern zuletzt entwickelt haben. Gleichzeitig beleuchtet ein zweites Ranking die absoluten Länderwerte. Dieses Bestandsranking vergleicht den wirtschaftlichen Ist-Zustand aller Stadt- und Flächenstaaten.

2. Würzburger eCl@ss-Kongress



Erfolgreiche Unternehmen machen es vor: Sie sorgen für einen reibungslosen Informationsfluss in ihrem Produktionsprozess, wickeln Aufträge schnell und kostengünstig ab und haben ein aussagefähiges Controlling- und Berichtssystem etabliert. Sie nutzen dabei den internationalen, branchenübergreifenden Klassifizierungsstandard eCl@ss, mit dem sich Produkte, Materialien und Dienstleistungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette einheitlich beschreiben und zuordnen lassen. Weiterentwickelt und verbreitet wird der Standard vom Verein eCl@ss, dem derzeit 105 nationale und internationale Unternehmen angehören und dessen Geschäftsstelle von der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH betreut wird.

Wie eCl@ss im Einzelnen funktioniert und welche Vorteile das System in der Praxis bringt, können Interessierte auf dem 2. Würzburger eCl@ss-Kongress am 7. Oktober 2010 erfahren. Unter dem Titel „eCl@ss – classify your business: Zeit für die wichtigen Dinge im Unternehmen“ informieren namhafte Experten unter anderem darüber, auf welche Weise sich das Management von Stammdaten zum Erfolgsfaktor moderner Unternehmen gestalten lässt und wie Firmen in Europa und Asien mit eCl@ss ein reibungsloses Ersatzteilmanagement betreiben.

In vier Praxisforen erfahren die Kongressteilnehmer zudem jede Menge Wissenswertes über die Anwendung von eCl@ss in verschiedenen Branchen. Unter anderem drehen sich die Vorträge um die elektronische Abwicklung von Dienstleistungsaufträgen am Beispiel der Instandhaltung in der Industrie sowie um eine Steigerung der Effizienz im elektronischen Einkauf. Weitere Foren behandeln den eCl@ss-Einsatz im elektronischen Engineering, im Maschinen- und Anlagenbau, in der Medizinbranche sowie in der Papier-, Büroartikel- und Schreibwarenindustrie.

Als zusätzliches Angebot können die teilnehmenden Unternehmen sich und ihre Produkte auf einer Table-Top-Ausstellung den übrigen Kongressbesuchern präsentieren.

Weitere Informationen und Anmeldung:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Consult GmbH
Monika Benke
Telefon: 0221 4981-817
E-Mail: benke@eclass-office.com
Internet: www.eclass.de

Lkw-Maut

Höhere Einnahmen trotz Krise

Mit der Einführung der Lkw-Maut wollte die Bundesregierung auch ausländische Spediteure stärker an der Finanzierung der deutschen Verkehrsinfrastruktur beteiligen. Das ist zum Teil gelungen. Allerdings belastet die Gebühr vor allem heimische Spediteure, die nach wie vor auf deutschen Autobahnen in der Mehrheit sind – auch wenn es manchmal anders aussieht.

Die Lkw-Maut existiert seit 2005. Sie war ursprünglich dazu gedacht, Spediteure an der Erhaltung und dem Bau neuer Autobahnen zu beteiligen sowie einen Anreiz zum Kauf umweltfreundlicher Fahrzeuge zu schaffen. Deswegen ist die Maut nach Schadstoffausstoß gestaffelt. Im vergangenen Jahr hat man kräftig an der Gebührenschaube gedreht. Je nach Emissionsklasse müssen die Brummifahrer seitdem zwischen 40 und 86 Prozent mehr für die Nutzung der Autobahnen zahlen.

Für den Bund hat sich die Mauterhöhung durchaus ausgezahlt. Er nahm 2009 rund 4,4 Milliarden Euro ein, gut 1 Milliarde mehr als 2008 – obwohl die Fahrleistung der mautpflichtigen Lkws wegen der Wirtschaftskrise um 12 Prozent zurückging (Grafik).

Der Bund hat gleichwohl 600 Millionen Euro weniger kassiert als ursprünglich veranschlagt. Das ist nicht nur auf die Wirtschaftskrise, sondern auch auf den immer stärkeren Einsatz

umweltfreundlicherer Fahrzeuge zurückzuführen:

Knapp die Hälfte der gesamten Fahrleistung entfällt mittlerweile auf die Brummiflotte der Schadstoffklassen Euro V oder VI. Für diese Lkws werden 15,5 Cent Maut pro Kilometer fällig.

Fahrzeuge der Emissionsklasse Euro II oder schlechter haben nur noch einen Anteil von 4,6 Prozent. Die Maut beträgt für diese Lkws 28,8 Cent pro Kilometer.

Auch wenn es auf bestimmten Strecken wie dem Berliner Ring so aussieht, als ob Osteuropäer unter sich sind – bezogen auf die gesamte Bundesrepublik täuscht dieser Eindruck. Denn deutsche Brummis erbrachten 2009 mit 16 Milliarden gefahrenen Kilometern zwei Drittel der mautpflichtigen Fahrleistung.

Mit ganz großem Abstand folgen polnische Lkws, die auf einen Anteil von 8,7 Prozent kamen. Insgesamt entfallen 20 Prozent der Fahrleistung auf Lkws aus den neuen EU-Ländern.

Deren Touren konzentrieren sich allerdings auf relativ wenige Routen. Meist werden die großen Seehäfen in Hamburg oder den Niederlanden angesteuert. Dass die ausländischen Sattelzüge letztlich nur auf wenigen Transitrouten unterwegs sind, zeigt sich auch an den Grenzübertritten. Mehr als 35 Prozent aller Lastwagen, die Deutschland verlassen, fahren über die niederländische Grenze, weitere 22 Prozent über die österreichische.

Deutsche Brummis finanzieren Maut

Die Lkw-Maut wurde in Deutschland 2005 für Bundesautobahnen und einige stark frequentierte Bundesstraßen eingeführt. Die Höhe der Maut bestimmt sich zum Großteil nach der auf den mautpflichtigen Straßen zurückgelegten Wegstrecke.

Fahrleistung der 2009 in Deutschland mautpflichtigen Lkw in Milliarden Kilometer

● Veränderung gegenüber 2008 in Prozent

Herkunft der Fahrzeuge

Deutschland		16,0	-11,2
EU	darunter	7,6	-12,7
	Polen	2,1	-10,3
	Niederlande	1,1	-14,4
	Tschechien	0,9	-10,6
	Österreich	0,4	-25,0
	Ungarn	0,4	-9,2
	Nicht-EU-Ausland	0,7	-14,0
Insgesamt		24,4	-11,8



Quelle: Bundesamt für Güterverkehr

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Energiegutachten

Optimistische Annahmen

Die Bundesregierung will mehr Treibhausgas einsparen. Ein von ihr beauftragtes Energiegutachten geht allerdings von einigen sehr optimistischen Annahmen aus, die so kaum erfüllbar sein werden. Eine Variante, mit geringen Emissionen Strom zu produzieren, wäre die Kernenergie. Würden die Laufzeiten der Kraftwerke um bis zu 20 Jahre verlängert, könnte das zudem den Strom um bis zu 30 Prozent billiger machen.

Die Bundesregierung plant, die Emissionen von Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken; bis zum Jahr 2050 sollen sogar 85 Prozent eingespart werden. Dieser zentralen Vorgabe soll sich die Energieversorgung der Zukunft unterordnen. Auch dem aktuellen Energiegutachten, das wissenschaftliche Institute kürzlich für die Bundesregierung erarbeitet haben, liegt dieses Reduktionsziel zugrunde.

Es dürfte allerdings schwer werden, die Vorgaben zu erfüllen. Denn die Gutachter gehen von sehr optimistischen Szenarien aus:

- **Energieeffizienz:** Laut dem Energiekonzept soll sich die Energieeffizienz hierzulande jedes Jahr um 2,5 Prozent erhöhen – aus derselben Menge an Energie soll also jedes Jahr 2,5 Prozent mehr Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet werden. Dies ist ein sehr ambitionierter Wert, denn in den vergangenen Jahrzehnten wurde lediglich eine jährliche Steigerung von 1,7 Prozent erreicht. Ein weiteres Problem: Deutschland geht bereits recht effizient mit Energie um. Ob solch umfangreiche zusätzliche Verbesserungen wirtschaftlich realisierbar sind, beispielsweise durch Kraftwerksmodernisierungen und Gebäudesanierung, ist fraglich.

- **Klimaabkommen:** Die Gutachter nehmen an, dass sich andere Industrieländer und wichtige Schwellenländer den europäischen Klimaschutzanstrengungen anschließen. Solch ein Abkommen ist jedoch in weiter Ferne.

- **Europäische Netze:** Zudem wird davon ausgegangen, dass die europäischen

Stromnetze zu einem Verbund zusammenwachsen. Dafür sind jedoch noch erhebliche Investitionen und politische Weichenstellungen nötig.

- **Technik und Akzeptanz:** Nicht zuletzt muss auch eine funktionierende, innovative Technik verfügbar sein, die den neuen Herausforderungen gewachsen ist. Ein weiterer Knackpunkt: die nötige Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung. So zeigt z.B. die Diskussion über die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken – die jetzt auf durchschnittlich zwölf Jahre festgelegt wurde –, wie schwierig es ist, sich zu einigen.

Würden all diese Bedingungen dennoch erfüllt, prophezeien die Gutachter einen Energiemix, der Mitte des Jahrhunderts stark von den erneuerbaren Energien geprägt sein wird. Rund 60 Prozent des Stroms soll im Jahr 2050 aus regenerativen Quellen stammen.

Trotzdem müsste immer noch bis zu einem Drittel des Stroms aus dem Ausland importiert werden. Dies liegt zum einen daran, dass Anbieter jenseits der deutschen Grenze Strom aus erneuerbaren Energien billiger bereitstellen, zum anderen aber daran, dass es hierzulande immer weniger konventionelle Kraftwerke geben wird. Ein hoher Importanteil setzt aber nicht nur die entsprechende Infrastruktur, sondern auch die notwendigen Kapazitäten in den Nachbarländern voraus. Dass diese Staaten Kraftwerke bauen, um die Deutschen mit günstigem Strom zu versorgen, ist aber alles andere als selbstverständlich.

Für die Stromkunden sind insbesondere die Preise interessant, die auf sie zukommen könnten. Würden beispielsweise die Laufzeiten von Kernkraftwerken deutlich verlängert, etwa auf 20 Jahre, wäre der Strompreis weit niedriger als bei einer kürzeren Laufzeitverlängerung von 4 Jahren (Grafik).

Strom: Niedrigere Preise durch längere Laufzeiten

Erwartete Strompreise im Jahr 2030
in Cent je Kilowattstunde

bei moderaten Zusatzkosten für den Ausbau der Sicherheit von Kernkraftwerken sowie einer Laufzeitverlängerung von

	4 Jahren	12 Jahren	20 Jahren	28 Jahren
Haushalte	22,9	22,0	21,2	21,1
Industrie	11,3	10,6	10,1	10,0
energieintensive Industrie	6,5	5,4	4,5	4,6

bei hohen Zusatzkosten für den Ausbau der Sicherheit von Kernkraftwerken sowie einer Laufzeitverlängerung von

	4 Jahren	12 Jahren	20 Jahren	28 Jahren
Haushalte	22,9	22,2	22,1	22,4
Industrie	11,3	10,8	10,7	10,9
energieintensive Industrie	6,5	5,8	5,6	6,1

Industrie: z.B. Maschinenbau; energieintensive Industrie: z.B. Aluminiumindustrie; Quellen: Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln, Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung, Prognos

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Haushaltskunden könnten 7 Prozent sparen, Industriekunden knapp 11 Prozent.

Besonders groß ist die Hoffnung für energieintensive Industrien, etwa für die Aluminiumproduzenten. Für sie wäre eine Ersparnis von fast 31 Prozent denkbar. Diese niedrigeren Kosten würden es den betroffenen Branchen ermöglichen, weiterhin auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig zu bleiben.

Aber auch die Gesamtwirtschaft würde profitieren: Eine Verlängerung der Kernkraftwerks-Laufzeiten auf 20 Jahre würde ein rund 12 Milliarden höheres Bruttoinlandsprodukt nach sich ziehen – und etwa 71.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Diese positiven Effekte werden jedoch von zwei Seiten gefährdet: Zum einen können teure zusätzliche Sicherheitsanforderungen die wirtschaftlichen Vorteile einer Laufzeitverlängerung deutlich reduzieren. Zum anderen will der Staat mit der Brennelementesteuer und weiteren geplanten Maßnahmen einen großen Teil der mit den längeren Laufzeiten verbundenen Erträge für sich vereinnahmen.

Klimaflüchtlinge Neues Zuhause gesucht

Naturkatastrophen wie Feuerbrünste und Überschwemmungen treten bedingt durch den Klimawandel immer häufiger auf, und sie betreffen immer mehr Menschen – auch weil die Weltbevölkerung wächst. Infolgedessen sind viele Menschen auf der Suche nach einer neuen Heimat.

Für das Jahr 2010 gehen nach Angaben des Institute for Environment and Human Security verschiedene Wissenschaftler davon aus, dass 25 bis 50 Millionen Menschen umweltbedingt ihre vertraute Umgebung verlassen müssen. Die Auswirkungen der Flut in Pakistan sind in diesen Zahlen noch nicht einmal enthalten. Doch es kommt noch viel schlimmer. Eine vorsichtige Schätzung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) besagt, dass im Jahr 2050 etwa 200 Millionen Menschen auf der Flucht sein werden, weil sie ihre Häuser wegen plötzlicher oder allmählicher Umweltveränderungen verlassen müssen.

Durch Gewalt und Konflikte wie Krieg oder Bürgerkrieg werden dagegen momentan nur 4,6 Millionen Menschen vertrieben.

Die meisten Umweltflüchtlinge suchen bisher Zuflucht innerhalb ihres eigenen Landes. Nach Angaben der Vereinten Nationen haben 2008 rund 20 Millionen Menschen, die wegen extremer Wetterer-

Auf der Flucht vor den Fluten

Naturkatastrophen in den vergangenen beiden Jahren mit über 600 Toten

Zyklon Nargis 2008	Myanmar	Tote: 85.000 Vermisste: 54.000 Schaden: 450.000 Häuser zerstört, 350.000 beschädigt, Ernte zerstört, 156.000 Nutztiere getötet, hohe Schäden an Infrastruktur
Erdbeben 2008	China	Tote: 70.000 Vermisste: 18.000 Schaden: über 5 Millionen Häuser zerstört, über 21 Millionen beschädigt, 50.000 Gewächshäuser beschädigt/zerstört, 12,5 Millionen Nutztiere getötet
Überschwemmungen 2008	Indien, Nepal, Bangladesch	Tote: 635 Evakuierte: über 10 Millionen Obdachlose: 3 Millionen Schaden: 800.000 Häuser beschädigt/zerstört, große landwirtschaftliche Schäden
Erdbeben 2009	Indonesien	Tote: 1.200 Verletzte: über 2.900 Schaden: 2.200 Millionen Dollar, 84.000 Häuser, 200 öffentliche Gebäude und 800 Schulen zerstört, über 214.000 Häuser beschädigt, Straßen, Brücken, Wasserversorgung, Strom- und Kommunikationseinrichtungen zerstört
Taifun Ketsana 2009	Philippinen, Laos, Vietnam	Tote: 694 Schaden: 1.300 Millionen Dollar, hunderttausende Gebäude, tausende Fahrzeuge beschädigt/zerstört, schwere Infrastrukturschäden, Schäden in der Landwirtschaft und Fischerei, Bewässerungsanlagen und Baumplantagen beschädigt/zerstört
Taifun Morakot 2009	China, Philippinen, Taiwan	Tote: 614 Evakuierte: über 1,4 Millionen Schaden: 4.600 Millionen Dollar, hunderte Dörfer überflutet, tausende Häuser zerstört, 1.400 Quadratkilometer landwirtschaftliche Fläche betroffen

© 2010 IWM Medien · iwd 36

Ursprungsdaten: Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

eignisse die Flucht ergriffen haben, im Heimatland eine neue Bleibe gefunden. Das ist jedoch nicht immer einfach. Denn von Naturkatastrophen betroffen waren zuletzt vor allem Regionen, die nur über eingeschränkte Möglichkeiten zur Integration von Vertriebenen verfügen – Entwicklungsländer wie Myanmar, Bangladesch und Nepal (Tableau).

Künftig bedroht sind aufgrund des steigenden Meeresspiegels vor allem Küstenbewohner. Der Human Development Report der Vereinten Nationen geht von 145 Millionen Menschen aus, die einem hohen Risiko ausgesetzt sind, wenn die Weltmeerpegel auch nur um einen Meter steigen. Drei Viertel der Betroffenen leben in Ost- und Südasiens.

Die Politik kann die Migration teilweise aufhalten – sie wird sich jedoch auch damit auseinandersetzen müssen, wie sie künftig mit Umweltflüchtlingen

umgeht. Dabei sollte dreigleisig gefahren werden:

1. Prävention. Die Industrieländer können einiges tun, um den ärmeren Ländern dabei zu helfen, die Auswirkungen des Klimawandels zu mindern, indem sie beispielsweise beim Deichbau oder bei der Aufforstung verödeter Landstriche helfen.

2. Anpassungsstrategie. In vielen Fällen ist eine Umsiedlung aufzuhalten, wenn den Menschen geholfen wird, mit der neuen Situation klarzukommen, indem man z.B. in von Dürre betroffenen Gegenden tiefere Brunnen bohrt.

3. Umsiedlung. Wenn sich extreme Naturereignisse häufen, werden viele Umweltflüchtlinge nicht mehr in ihrer Heimat Unterschlupf finden. Dann ist die internationale Gemeinschaft gefordert, Migranten bei sich aufzunehmen und sie zu integrieren.

Für Adressaufkleber